

in Zweifel gezogen und namentlich den Vorwurf erhoben, daß Bismarck dazumal zu Abtretungen an Frankreich geneigt gewesen sei. Der Reichszanzler war im Augenblicke nicht im Hause zugegen, wurde aber von den anwesenden Ministern sofort telegraphisch benachrichtigt und erschien wenige Minuten darauf, um seinen Angreifer moralisch zu vernichten. Die Enthüllungen Lamarmora's bezeichnete er als erbärmliche Lüge und ebenso alle darauf hin von Mallindrodt gegen ihn vorgebrachten Beschuldigungen. Aus seiner Rede erfahren wir, daß Preußen dem Kaiser von Oesterreich noch Friedensanerbietungen machte, als der Krieg bereits unmittelbar vor der Thür stand und die Soldaten schon am Beginn des Marsches standen; wir erfahren weiter, daß die damals auftauchenden Gerüchte von dem Beistand der ungarisch-balmatischen Legion sich darauf reduciren, daß Bismarck diesen Beistand zurückgewiesen, weil er nicht ein späteres Einvernehmen mit Oesterreich unmöglich machen wollte. Von Abtretungen an Frankreich sei nie die Rede gewesen; kein Dorf, nicht einmal ein Kleefeld würde er Napoleon abgetreten haben. Was Lamarmora darüber erzählt, sei lauter Lüge. Italien habe sein Bedauern ihm ausgedrückt, daß nach Lage der italienischen Gesetzgebung es unmöglich sei, Lamarmora zur Rechenschaft zu ziehen. Derselbe ist in Bismarck's Augen nicht General und nicht Staatsmann, sondern ein bedenkliches Drittes. — Als v. Mallindrodt diesem offenen Dementi gegenüber zwar seinen Glauben an diese Beschuldigungen aufzugeben vorgab, aber seinen weiteren Ausführungen diesen Glauben doch wieder zu Grunde legte, erklärte Fürst Bismarck, daß er für diese Taktik einen parlamentarischen Ausdruck nicht finde; er überlasse der Presse, denselben zu gebrauchen. Das Haus begleitete Bismarck's Erklärungen, so wie die Aeußerung Vaslers: „daß ein Minister, wie Bismarck, der keine Stunde vorüberlasse, um den furchtbarsten Vorwurf des Landesverraths vor dem In- und Auslande zurückzuweisen, sich um das Vaterland wohl verdient gemacht habe,“ mit stürmischem Beifall.

In Oesterreich ruft der Wahlausgang in Böhmen das allgemeinste Erstaunen hervor. Der dort zwischen den sogenannten Alt- und Jungtschechen ausgebrochene Streit ist durch die Wahlen zu Ungunsten der Letzteren entschieden worden. Sie sind auf der ganzen Schlachtlinie unterlegen und es gelang ihnen, nur einen einzigen Kandidaten durchzubringen. Allerdings verfochten die Alttschechen die bekannte böhmische Declarantenpolitik nicht bis in die von den Jungtschechen gezogenen Konsequenzen; und von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, hätten wir Deutsche allen Grund, dieses Wahleresultat freudig zu begrüßen. Jedoch wächst durch den Sieg der Alttschechen die feudale und klerikale Partei in unserem Nachbarstaate so sehr, daß dieser Umstand unsere Freude sehr beeinträchtigen muß. — Eine große Festlichkeit fand in Ungarn statt und wenn wir hier auf dieselbe zurückkommen, so geschieht es lediglich aus dem Grunde, um die große Machtstellung, welche die Kirche in Oesterreich noch heutigen Tages einnimmt, durch ein Beispiel zu illustriren. Das Ereigniß war nämlich, die Barret-Verleihung an den jüngst zum Kardinal ernannten Fürsten-Primas Simor von Ungarn. Mit größtem Pomp fand diese Ceremonie in der Oefener Königsburg statt. Während der Kardinal, das rothe Käppchen auf dem Kopfe, durch die von den höchsten Würdenträgern des Reiches angefüllten Säle in die Kapelle sich begab, folgte der Kaiser in einiger Entfernung entblößten Hauptes. Nach vollendeter Ceremonie nahm der Kardinal zur rechten Seite des Kaisers Platz, zum Zeichen, daß der Kirche der Vorrang vor dem Staate gebühre.

Das ganze öffentliche Interesse in der Schweiz wird gerade so wie in Deutschland von den Kirchenangelegenheiten in Anspruch genommen. Leider ist dasselbe nicht mehr rein theoretischer Art, vielmehr die Stimmung im Berner Jura infolge Installation der neugewählten Pfarrer derartig gespannt, daß, um ernstliches Unheil zu verhüten, eine ansehnliche Truppenmacht aufgeboden werden mußte. Hoffentlich befaßt sich die Gährung in den Gemüthern, ohne daß es zum Blutvergießen kommt.

Der Streit um die Echtheit der jüngsten päpstlichen Bulle führt jetzt auch italienische Blätter auf den Kampfplatz. Während die „Germania“ in ihrer berichtigten Fälschungsgeschichte behauptet hatte, die Fälschung sei in Rom geschehen und die deutsche Gesandtschaft daselbst habe die Hand mit im Spiel gehabt, erklärt nunmehr das römische Jesuitenblatt „Voce della Verita“, die Bulle sei in Preußen und nicht in Rom fabricirt worden. Eins dieser beiden Jesuitenorgane hat also gewiß gelogen, welches, das mögen sie unter einander ausmachen. Bis das aber aufgeklärt ist, wird man jedenfalls annehmen können, die von der „Köln. Ztg.“ veröffentlichte Bulle sei die echte, was letzteres Organ neuester Zeit auch mit aller Bestimmtheit behauptet.

In Frankreich ist die Ministerkrisis beseitigt. Die Nationalversammlung warf ihren früheren Be-

schluß über die geschäftliche Behandlung des Bürgermeister-Gesetzes um und that der Regierung den Gefallen, sofort in Verathung desselben zu treten. Die Minister zogen nach diesem Vertrauensvotum ihr Entlassungsgesuch zurück und damit beruhigte sich der Sturm im Glase Wasser. — In politischen Kreisen Frankreichs macht ein Artikel der ministeriellen „Nordd. Allg. Ztg.“ peinliches Aufsehen, ein Artikel über die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland, worin das Berliner Hoforgan den Franzosen zu Gemüthe führt, daß ihre fortgesetzten Provocationen doch vielleicht ein böses Ende nehmen könnten. Dagegen sollten sie lieber bedenken, daß Deutschland keine Händel suche und daß in Wahrheit zwischen einer richtig verstandenen französischen Politik und zwischen unserer deutschen Politik gar kein Gegensatz bestehen würde. Etwas Anderes würde es sein, wenn es dem ultramontanen Rom gelänge, sich Frankreich zu bemächtigen. Nur wenn die französische Regierung zur Dienerin der Kirche würde, erst dann müßte Deutschland sie als eine feindliche Regierung betrachten. Je deutlicher die Franzosen sich dies klar machten, um so sicherer werde der Friede zwischen ihnen und uns erhalten bleiben; ein der kirchenstaatlichen Theokratie unterthäniges Frankreich aber sei mit dem Weltfrieden unvereinbar. Daher sei die Trennung der französischen Regierung von der Sache des Ultramontanismus die sicherste Gewähr für die Ruhe Europas. — Dieser Artikel veranlaßt das „Journal de Paris“ zu der Hoffnung, daß die Beziehungen Frankreichs zu Deutschland friedliche zu sein fortfahren würden, „denn Frankreich sei nichts weniger als ultramontan gesinnt.“ Frankreich im Großen und Ganzen mag freilich dem Ultramontanismus nicht huldigen, aber die jetzige Regierung arbeitet mit aller Macht darauf hin, daß das Volk der katholischen Geistlichkeit blindlings unterworfen werde. Dieses Bestreben allein ist es, worauf es hier ankommt.

Die neue spanische Regierung hat bereits einen großen Erfolg, die Einnahme von Carthagena, für sich in Anspruch nehmen können, obgleich dieselbe vernünftigerweise auf Rechnung Castelar's zu setzen ist. Bei dem Charakter Serrano's gewinnt die Annahme an Wahrscheinlichkeit, daß der Zeitpunkt des Staatsstreiches mit Rücksicht auf den bevorstehenden Fall der Insurgenten-Hauptstadt gewählt war, da andererseits, wenn die Einnahme unter Castelar stattgefunden hätte, derselbe schwer zu beseitigen gewesen wäre.

Der dänische Conflikt zwischen Krone und Volksvertretung rückt nicht von der Stelle. Der König entläßt die Minister nicht und die Kammer weigert sich, die vorgelegten Gesetze zu berathen. Man würdigt sie nicht einmal einer Debatte, sondern überweist dieselben einem Ausschuss, der sie auf Lager nimmt. Dieses Schicksal wurde vor einigen Tagen auch dem Heeresgesetze zu Theil.

Tagesgeschichte.

Sachsen. Schandau. Aus den Registern, die für das Jahr 1873 bei dem hiesigen Pfarramte geführt worden sind, erzieht sich Folgendes: in gedachtem Jahre wurden in der Parochie Schandau 185 Kinder geboren. Davon kommen 97 Kinder auf die Stadt und 88 Kinder auf die eingepfarrten Dörfschaften und zwar 23 Kinder auf Postelwitz, 28 Kinder auf Rathmannsdorf, 21 Kinder auf Ostrau, 7 Kinder auf Schmilla und 9 Kinder auf Wendischfähr. Es sind sonach 14 Kinder weniger, als im Jahre 1872 und 140 Kinder mehr, als vor 100 Jahren geboren worden. — Aufgeboren wurden 76 Paare, 6 Paare mehr als im Jahre 1872, und getraut wurden 44 Paare, 7 Paare weniger als im Jahre 1872 und 29 Paare mehr, als vor 100 Jahren. — Gestorben sind 155 Personen, also 27 Personen mehr, als im Jahre 1872. Davon kommen 90 Personen auf die Stadt und 65 Personen auf die eingepfarrten Dörfschaften. Im Jahre 1873 sind sonach 116 Personen mehr verstorben, als vor 100 Jahren. — Communicirt haben 1627 Personen, also 99 Personen mehr, als im Jahre 1872. Darunter waren 120 Catechumenen und 4 Hauscommunionen. — Heute Mittwoch Abend findet im Schützenhause das erste Concert der hiesigen Capelle unter Direction des Hrn. Schildbach statt und ist das Nähere aus der im heutigen Blatte befindlichen Annonce zu ersehen.

X Dresden, 18. Jan. Unser Landtag hielt in der vergangenen Woche sechs Sitzungen, wovon 4 auf die erste, und 2 auf die zweite Kammer fielen. Die Sitzungen der I. Kammer zeichneten sich durch Kürze und fast durchweg durch Debattenlosigkeit aus. Es liegt uns also nur ob, die gefaßten Beschlüsse zu erwähen. Es sind folgende:

1. Die Petition der Gemeinden Cosmütz, Görgitz und Lichtense um Aufhebung von § 11 des Parochialkastengegesetzes der Reg. zur Erwägung zu übergeben. Da die II. Kammer denselben Gegenstand

der Reg. zur Berücksichtigung empfahl, so ist damit ein noch ausgleichender Differenzpunkt entstanden.

2. Die Beschwerde und Petition des Gersdorfer Steintohlenbauvereins auf sich beruhen zu lassen.

3. Annahme des I. Decrets über theilweise Aufhebung des Gesetzes vom 15. Juni 1868, die juristischen Personen betreffend, nach den von der II. Kammer gefaßten Beschlüssen.

4. Beitritt zu den Abänderungen und Zusätzen, welche die II. Kammer mit dem Gesetzentwurf vorgenommen, die Berechnung der Dienstzeit bei solchen Staatsdienern, die vorher im Militärdienst gestanden haben, betreffend.

5. Beitritt zu den Beschlüssen der II. Kammer über den Antrag des Abg. Günther: bei Discontinuationen von Grundstücken die Regulirung der Steuern und Abgaben nicht vor dem Eintrage in das Grund- und Hypothekenduch, sondern nach demselben zu bewirken. Die II. Kammer hatte bekanntlich die Reg. aufgefordert, baldmöglichst eine derartige Verordnung zu erlassen.

6. Beitritt zu der Vereinbarung, welche die II. Kammer mit der I. Staatsreg. über Verabschiedung der Civilliste getroffen und wonach dieselbe auf Höhe von 950,000 Thlr. pro Jahr normirt ist.

7. Bewilligung des Mehrbedarfs von 375,000 Thlr. für den Neubau des Hoftheaters in Dresden. Nur dieser letzte Gegenstand veranlaßte eine kurze, jedoch unwesentliche Debatte.

Die II. Kammer hielt Donnerstags und Freitag ihre beiden Sitzungen. Am Donnerstag stand der Bericht der 2. Dep. über den Bau und die Erweiterung der Schullehrerseminarien in Pirna, Löbau, Zschopau, Döbitz, Schneeberg, Grimma, Friedrichstadt, Dresden und Vorna auf der Tagesordnung. Die für diese Bauten geforderten Summen fanden keine Veranlassung; dagegen erhob Abg. Richter (Tharandt) die Frage, ob es nicht nothwendig und zweckmäßig sei, auf den Schullehrer-Seminaren auch die Volkswirtschaftslehre in den Unterrichtsplan aufzunehmen. Sowohl Minister v. Gerber als die beiden Schulmänner Dr. Panig und Dr. Hahn traten dieser Forderung entgegen. Schon jetzt klage man vielfach über die schlechte Bildung der Lehrer; jenseit aber der Unterrichtsplan mit Gegenständen überhäuft werde, desto leichter gestalte sich die Ausbildung der Seminaristen. Die Kammer bewilligt hierauf je 100,000 Thlr. zum Bau der Seminare in Pirna und Löbau; 10,000 Thlr. zum Anbau in Zschopau, 53,500 Thlr. zum Neubau in Döbitz, 36,500 Thlr. zum Neubau in Schneeberg, 42,000 Thlr. zum Neubau in Grimma, 10,600 Thlr. für Friedrichstadt, Dresden und 6,800 Thlr. für den Erweiterungsbau in Vorna. — Es folgt darauf Bericht der 4. Deputation, Ref. Barth-Stern, über die Petition des Gerichtsexpedienten Ehrhardt in Löbau um Erhöhung der Auslöshungen bei auswärtigen Expeditionen. Die Deputation schlägt Verdoppelung der Auslöshung vor, d. h. pro Tag 1 Thlr., pro halben Tag 15 Ngr. — Die Kammer trat diesem Antrage, mit dem auch die Reg. ihr Einverständnis erklärt hatte, nach kurzer Debatte bei.

Die Freitagssitzung begann mit einem Intermezzo gegen die „Dresd. Nachr.“, welche von den Verhandlungen der am Donnerstag sich an die öffentliche Sitzung angeschlossen „geheimen“ Sitzung geplaudert. Da geheime Sitzungen nicht ohne dringenden Grund anderraunt werden, so ist ein öffentliches Besprechen der darin gepflogenen Verhandlungen selbstverständlich unzulässig, ja selbst für die Landesinteressen unter Umständen sehr schädlich. Es fand daher das Verfahren der „Dresd. Nachr.“ strenge Tadel und behielt sich das Directorium weitere Schritte in dieser Angelegenheit vor. — Die Kammer erlegte hierauf noch mehrere Petitionen und vertagte die nächste Sitzung auf Dienstag den 20. d. M.

Ein bei der Post in Leipzig ausbilsweise beschäftigt gewesener Arbeiter G. ist am 16. d. M. Abends unter Mitnahme eines Geldpäckchens mit 4000 Thlrn. von dort flüchtig geworden.

Am 14. Januar ist in Neusalza der Conditor Wex nebst seinem Lehrling durch eine Pirogineexplosion nicht unbedeutend verletzt worden. Die Genannten hatten im Keller bei brennender Lampe einen Ballon Pirogin abgezogen, wobei jedenfalls von letzterem etwas verschüttet worden war. Als nun Beide den Keller verlassen wollen und Wex die Lampe vom Boden aufnimmt, entzündet sich an derselben explosivend der aufgestiegene Aether und ist hierbei der Lehrling schwer an Gesicht und an den Armen, Wex aber weniger schwer an beiden Händen verbrannt worden.

Haupt-Gewinne II. Classe 85. f. f. Landes-Lotterie.

Gezogen am 19. Januar 1874.
12000 Thlr. auf Nr. 52952. 6000 Thlr. auf Nr. 73921. 1000 Thlr. auf Nr. 72798.